

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 61 (1981)  
**Heft:** 12

**Vorwort:** Die erste Seite  
**Autor:** Reck, Oskar

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 18.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# *Die erste Seite*

---

## VERSCHLEIERTE ZIELKONFLIKTE

Stehen wir an einem Wendepunkt der schweizerischen Politik? Das ist keine rhetorische Frage mehr, die wir überzeugend und gelassen verneinen können. Noch gibt es zwar viele offizielle Manifestationen der ungebrochenen Zuversicht, und der Staat wickelt seine Routinegeschäfte ohne alarmierende Stockungen ab. Doch dieser Anschein einer normalen Lage kann nicht länger darüber hinwegtäuschen, dass sich das politische Klima zunehmend verschlechtert.

Von einer eigentlichen Staatskrise zu reden, wie professionelle «Malaisianer» sie schon vor Jahren beschworen, ist freilich weder zutreffend noch als beschwörender Appell hilfreich. Denn die eidgenössischen Verstreбungen sind viel zu solide und die gemeinsamen Interessen bei weitem zu gross, als dass von einem politischen Notstand schon heute gesprochen werden könnte. Wenn wir auch als Willensnation offenkundig an Substanz verloren haben, bleiben wir auf absehbare Zeit im Staatengefüge doch eine Zwangsgemeinschaft, die auf ihre eigenen und einigenden Kräfte verwiesen ist.

Aber es muss uns zu schaffen machen, dass wir auf bedeutende Landesprobleme stossen, die sich als nicht mehr konsensfähig erweisen, und aus denen tiefe Zerwürfnisse resultieren. Im Falle des umstrittenen Kernkraftwerkes Kaiseraugst etwa lässt sich die Frage unmöglich verdrängen, ob statt der gepriesenen Renaissance des Föderalismus in Wahrheit ein neuer Partikularismus Platz greife, der den Bundesstaat zwar nicht austilge, aber lähme. Allein damit schon wäre eine Wende signalisiert, die nicht einmal den enragiertesten Befürwortern von «weniger Staat» willkommen sein könnte, weil am Ende auch die nationale Sicherheit mitbetroffen wäre.

Nun mischt sich aber die Energiefrage erst noch mit dem weiter ausgreifenden Problem des wirtschaftlichen Wachstums. Je weniger wir dazu bereit sind, uns mit den Bedingungen und Zielen unserer staatlichen Existenz auseinanderzusetzen, desto isolierter und widersprüchlicher werden die politischen Ansprüche. Wie etwa lässt sich die Drosselung des Wachstums auch nur mit den bereits bestehenden Anforderungen an den Sozialstaat versöhnen, wie das Postulat rigoroser Regionaldemokratie mit den gar nicht delegierbaren anderen Pflichten des Bundes? Das diffuse politische Unbehagen ist wesentlich das Ergebnis verschleierter Zielkonflikte.

*Oskar Reck*

---